

Das Reformprojekt «Schulische Integration» im Kanton Solothurn verdient wenig schmeichelhafte Attribute: verwirrend, uninspiriert, orientierungslos, chaotisch. Der LSO verlangt eine klare Projektorganisation.

Verwirrend und uninspiriert

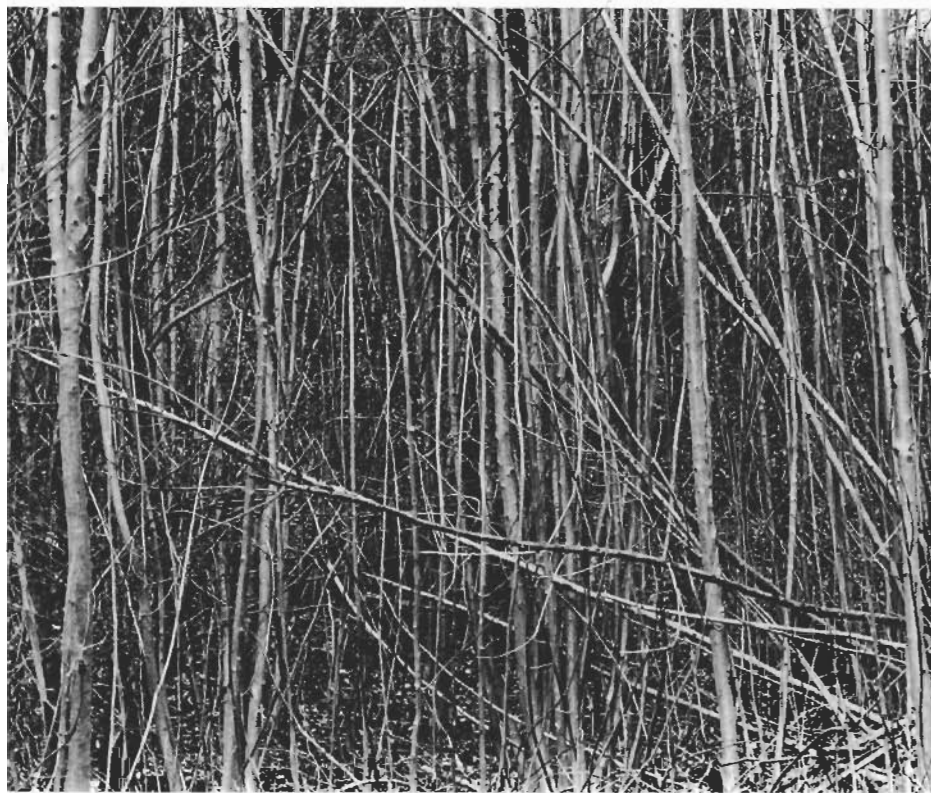
Was seit mehr als einem Jahr immer deutlicher sichtbar wurde, zeichnet in der neuesten Entwicklung – beziehungs-

INTEGRATION

weise Nicht-Entwicklung – rund um das Vorhaben «Schulische Integration» ein trübes Bild: orientierungslos, führungslos (zumindest führungslos) treibt das Schiff mit der Anschrift «Schulische Integration» mit hängenden Rudern in den Wogen des solothurnischen Reform-Gewässers. Die Art und Weise, wie das Reformprojekt Integrative Schulung seit dem Schulversuch «Integration» (Start 2003), dessen Verlängerung (ab 2007) und insbesondere nach der vom Kantonsrat genehmigten Gesetzesrevision «Spezielle Förderung und Sonderpädagogik» (Mai 2007) bearbeitet, kommuniziert und gemanagt wird, ist aus Sicht des LSO chaotisch und undiszipliniert.

Der LSO leistet Vorarbeit

Da bereits die Weisungen zum Schulversuch «Integration» bei Verbänden und Lehrpersonen einigen Diskussionsstoff boten, setzte der LSO 2004 die Arbeitsgruppe Integration ein mit der Aufgabe, in einem Grundlagenpapier die für eine erfolgreiche Integration von Kindern mit speziellen Bedürfnissen erforderlichen Rahmenbedingungen zu dokumentieren. Im Januar 2006 veröffentlichte die Arbeitsgruppe einen umfangreichen Schlussbericht. Eine der Kernaussagen befasste sich mit der Penspool-Lösung und dem Sozialindex als wesentliche Gelingensbedingungen für die erfolgreiche Umsetzung der schulischen Integration. Der Bericht wurde in den Medien kommuniziert und selbstverständlich dem AVK zugestellt.



Könnte es sein, dass man in der Abteilung Sonderpädagogik des AVK vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht?

Gute Gesetzesrevision ist noch kein Fortschritt

Anlässlich der Konsultation zur Teilrevision des Volksschulgesetzes im Bereich «Spezielle Förderung und Sonderpädagogik» im Frühjahr 2007 setzte der LSO eine neue Arbeitsgruppe Integration ein. Sie hat die Aufgabe, die Position des LSO in Bezug auf die Teilrevision zu erarbeiten. Insbesondere soll sie den Umsetzungsprozess kritisch begleiten. Die Teilrevision findet im LSO eine positive Aufnahme, gerade auch deshalb, weil es gelingt, einige wichtige Verbesserungen einzubringen. Unmissverständlich wird aber schon zu diesem Zeitpunkt festgehalten, dass eine erfolgreiche Umsetzung dieses ambitio-

nierten Vorhabens nur gelingt, wenn ein breites Knowhow in den Schulen und beim beteiligten Personal ausgebildet wird und wenn ausreichende personelle und finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Zusammenarbeit AVK – LSO: mangelhaft

Anfänglich gestaltete sich die Zusammenarbeit mit der Abteilung Sonderpädagogik des AVK gut. In einer Aussprache mit der Amtsleitung konnten die Problemstellen diskutiert werden. Das Prinzip des Penspools und des Sozialindex war nicht bestritten. Die von einer LSO-Expertengruppe geforderten Leistungsparameter in Bezug auf die Ausstattung des Penspools

wurden vom AVK sogar positiv kommentiert. Bald einmal aber geriet die Kommunikation zwischen AVK und LSO erheblich ins Stottern. Die Informationspausen seitens des AVK wurden länger und länger. Versprochene Termine für die Einsichtnahme in den Prozess der Ausarbeitung der Verordnung wurden immer wieder hinausgeschoben. Die unbeantworteten Fragen häuften sich. Vorschläge und Mindestforderungen von unserer Seite wurden kommentarlos entgegengenommen. Immer wieder hiess es, man müsse noch auf diese und jene Abklärung warten, die Datenlage sei unklar und so weiter. Auch Gespräche im kleineren Kreis mit dem Abteilungsleiter Sonderpädagogik brachten keine Klarheit.

Der Höhepunkt der Desinformation wurde im November anlässlich der Delegiertenversammlung des LSO erreicht. Keine der drängenden Fragen zum Thema Schulische Integration wurde beantwortet.

Und es bleibt offensichtlich weiterhin so. Auch ein Gespräch mit dem Bildungsdirektor und der Amtsleitung (siehe SCHULBLATT Nr. 24/08) scheint keine Wirkung gehabt zu haben. Das Versprechen, dass uns bis Ende Februar 2009 der Verordnungsentwurf mit den Eckwerten (Pensum, Klassengrößen, Zeitgefässe) vorgelegt werde, wurde einmal mehr nicht eingehalten. Stattdessen erhielten wir Mitte März dieses Jahres einige Entwürfe von Regierungsratsbeschlüssen zur Einsicht.

Mangelndes Problem-bewusstsein

In der Entwurfsfassung zu einem dieser Regierungsratsbeschlüsse lese ich mit grösstem Erstaunen: «Die Rückmeldungen von Schulen, welche den Wechsel zur integrativen Schulung von Kindern mit speziellem Bedarf bereits vollzogen haben, sind allgemein positiv. Der Übergang kann als gut machbar eingeschätzt werden und es entwickelt sich vergleichsweise schnell eine für alle Beteiligten neue, konstruktive Unterrichtspraxis.»

Ich reibe die Augen. Ist dies tatsächlich die Wahrnehmung des AVK? Oder wird hier bewusst schön geredet?

Wenn sich solche Zustandsbeschreibungen in Erwägungen von Regierungsratsbeschlüssen befinden, wundert es mich nicht, dass die Regierung, insbesondere der Antrag stellende Bildungsdirektor, sorglos eine Gesetzesrevision durchwinkt, die in der Zielrichtung zwar von weiten Teilen

der Betroffenen und Beteiligten anerkannt, deren konkreter Vollzug aber noch nicht einmal ansatzweise Ziel führend geregelt ist. Einmal mehr stelle ich fest, wie weit entfernt gewisse Verantwortliche im Bildungsdepartement vom realen Geschehen in den Klassenzimmern unserer Schulen sind!

Die Realität sieht oft anders aus

Das Bild, das sich an den Schulen auf zum Teil der Basis des Schulversuchs zum Teil auf der Basis bilateral ausgehandelter Bedingungen bietet, ist, gesamthaft gesehen, negativ:

- Die Schulleitungspersonen sind schlecht instruiert und die Gemeindebehörden schlecht informiert.
- Von einer klaren, einheitlichen Prozessführung (Zusammenarbeit der Akteure) kann nicht die Rede sein.
- Die Lehrpersonen sind nicht oder schlecht informiert und vorbereitet.
- Die Klassenlehrpersonen haben vielerorts völlig ungenügende Mittel.

So werden gemäss Schulversuch einer Schule beispielsweise für hundert Schülerinnen maximal zehn Lektionen heilpädagogische Förderung zugeteilt.

Auch wenn einige (meist grössere) Schulgemeinden einsichtsvoll zusätzliche Mittel bereit stellen und Integration auch besser organisieren können, gibt es (zu) viele Schulen, die versuchen, mit unzureichender Unterstützung zu integrieren. Vorgegaukelt wird auf diese Weise eine Integrationsleistung, die ihren Namen nicht verdient.

Schulische Heilpädagoginnen und Heilpädagogen melden uns zurück, dass die ihnen zugeteilten Lektionen für eine wirklich erfolgreiche Förderung bei weitem nicht ausreichen.

Einer Schule, welche beim AVK schriftlich die Beibehaltung der Einführungs-klassen beehrte, wurde ohne substantielle Begründung eine abschlägige Antwort erteilt. Viele Lehrpersonen finden sich (leider) resignierend mit der überfordernden Situation ab.

Lehrpersonen, deren Schule bisher noch nicht auf den Integrationszug aufgesprungen ist, schauen sorgenvoll und mit begründeten Bedenken in die Zukunft, da sie überhaupt nicht wissen, was sie erwartet. Die Liste solcher negativen Indikatoren liesse sich noch erweitern. Letztlich sind sie jedoch Ergebnis eines schlecht ausgeführ-



Wohin führt der Weg, wenn die Vorbereitung des Reformprojekts «Schulische Integration» weiterhin so chaotisch verläuft? Fotos: Franz Gloor.

ten Reformprojektes seitens des Inspektorates Sonderpädagogik.

Überfordertes Sonder-schulinspektorat

Schon in einer ersten Medienmitteilung zur Teilrevision hat der LSO die Schaffung einer Projektorganisation analog der Umsetzung Sek I vorgeschlagen. Inzwischen hat diese Art der Projektführung, wie das Beispiel Sek-I-Reform zeigt, zu zwar nicht allseits akzeptierten, jedoch nachvollziehbaren und verständlichen Ergebnissen geführt.

Man verzichtete also auf eine Projektorganisation. Wie zu sehen ist, mit fatalen Folgen. Das Resultat ist eine in allen Teilen überforderte Abteilung im AVK, eine wirre Kommunikation und eine in vielen Belangen schlecht koordinierte Übergangszeit. Mancherorts kann man auch bei bestem Willen nicht von einer erfolgreichen Integration sprechen, sondern wohl eher von einer Umplatzierung von Kindern aus den Einführungs- und Kleinklassen in die Regelklassen und – als Folge davon – viele frustrierte und verärgerte Lehrpersonen. Ohne eine ausreichend unterstützte, gut informierte und somit auch motivierte Lehrerschaft ist eine erfolgreiche Umsetzung dieses Reformvorhabens zum Scheitern verurteilt.

Bruno Affolter, Präsident des LSO